



# Fraktion aktuell

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

71 | 24.06.2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

seit vier Monaten tobt der russische Angriffskrieg auf die Ukraine. Von Anfang haben wir uns gemeinsam mit den anderen Ratsfraktionen und der Stadtverwaltung an die Seite der Ukraine gestellt. Nach der überwältigenden Solidarität vieler Menschen aus unserer Stadt, die durch Spenden, Unterbringung und anderweitige Hilfen Menschen in und aus der Ukraine unterstützt haben, nimmt auch die Solidarität unserer Stadt konkretere Formen an.

Eine interessante Lektüre wünscht



Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

---

## Hannover in Solidarität mit der Ukraine

Bereits unmittelbar nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine haben Verwaltung und Rat unserer Stadt mit Hilfeangeboten für die Opfer dieses Krieges reagiert. So wurden für die Unterbringung von Geflüchteten außerplanmäßig 20 Millionen Euro bereitgestellt und für Unternehmen und Privatpersonen, die Vertriebene aus der Ukraine unterbrachten, ein [Solidaritätsscheck](#) aufgelegt.

Nun wird dieses Maßnahmenpaket unter der Überschrift „[Hannover in Solidarität mit der Ukraine](#)“ ausgeweitet. Es sieht zum einen Hilfen für Hannovers Partnerstädte vor, die ihrerseits einen außerordentlich hohen Beitrag bei der Bewältigung der Krise infolge des Ukrainekrieges leisten – voran Poznan, das seine Partnerstadt Charkiw vor Ort intensiv unterstützt. Zudem wird Hannover eine Solida-

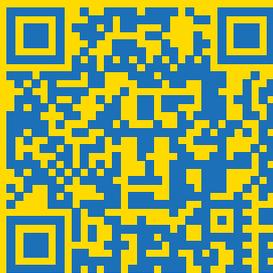
Eine Stadt für alle.



ritätspartnerschaft mit Mykolajiw eingehen, was unmittelbare Unterstützungsmaßnahmen vor Ort sowie perspektivische Hilfen beim Wiederaufbau der derzeit heftig umkämpften Stadt in der Südukraine einschließt. Und schließlich sollen zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützt werden, die ehrenamtlich wichtige Beiträge bei der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration von Menschen aus der Ukraine wie auch bei der Organisation und Durchführung von Hilfstransporten in die Ukraine leisten.

Im Internationalen und im Kulturausschuss haben wir diesen Maßnahmen bereits zugestimmt, am nächsten Donnerstag wird die Ratsversammlung diesem Votum sicherlich einmütig folgen.

[www.hannover.de/Fluechtlinge-in-Stadt-und-Region-Hannover](http://www.hannover.de/Fluechtlinge-in-Stadt-und-Region-Hannover)



*Stadt und Region bieten Informationen für Geflüchtete und zu Unterstützungsmöglichkeiten – auch in verschiedenen Sprachen – unter dieser Internetadresse.*

---

### **Anhörung zum jüdischen Leben in Hannover geplatzt**

Weniger einmütig lief die gemeinsame Sitzung des Kulturausschusses, des Internationalen sowie des Schul- und Bildungsausschusses am vergangenen Freitag ab, die einer von uns beantragten [Anhörung zum jüdischen Leben in Hannover](#) dienen sollte. Nachdem die AfD für die Anhörung einen Vertreter der Bundesvereinigung Juden in der AfD benannt hatte, der keinerlei Expertise zum Thema hat, hatten andere Expert\*innen angekündigt, an der Anhörung nicht teilzunehmen. Die parteipolitische Instrumentalisierung der Anhörung haben unsere Kulturpolitiker\*innen nicht hingenommen und gefordert, diese Benennung zurückzunehmen. Da dieser Forderung nicht gefolgt wurde, kam die Anhörung nicht zustande – ein einmaliger Eklat und ein klarer Affront vor allem gegenüber den jüdischen Vereinigungen, die zu dieser Anhörung eingeladen waren.

Die Anhörung soll nun in einem anderen Rahmen nachgeholt und die AfD dazu nicht eingeladen werden.

---

### **Anhörung zum Fußverkehr**

Welche Möglichkeiten haben Kommunen, um den Fußverkehr zu fördern und ihn sicherer und attraktiver zu machen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Anhörung des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses, die in der vergangenen



Woche auf unseren [Antrag](#) stattgefunden hat. Vertreter\*innen verschiedener Verbände und Institutionen, darunter der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen, das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), der Deutsche Verkehrssicherheitsrat, Fuß e.V. und die Fußverkehrsbeauftragte des Bezirks Hamburg-Mitte, schilderten ihre Sichtweisen und Positionen zur Stärkung des zu Fuß Gehens.

Dabei waren sich alle Angehörten einig, dass dem Fußverkehr eine zentrale Rolle zukomme, da jede\*r mindestens Teilstrecken zu Fuß zurücklegt. Einigkeit bestand auch darüber, dass die Fußwege als Netz betrachtet werden sollten, während es zur Mischung von Fuß- und Radverkehrsflächen unterschiedliche Einschätzungen gab. Insbesondere die Empfehlungen der Difu-Expertin, einen Grundsatzbeschlusses zur Fußverkehrsförderung und zur Entwicklung eines konkreten Handlungsprogramms zu fassen, werden wir ebenso bei der Fortschreibung des städtischen Mobilitätskonzepts 2025 und unseres Fraktionskonzepts zur Mobilität berücksichtigen. Ebenso die Empfehlungen der Fußverkehrsbeauftragten des Bezirks Hamburg-Mitte, die Verkehrsplanung vom Fußverkehr aus zu denken und dem Prinzip „erst ausprobieren, dann umbauen“ zu folgen.



Unsere Fraktion wird nun die Ergebnisse der Anhörung auswerten und für die Beratung der Mobilitätskonzepte vertiefen.

---

## Einheitliche Essenpreise für alle Schulen

Mit dem neuen [Mittagessenkonzept für die Ganztagschulen](#) wird ein einheitlicher Essenpreis eingeführt werden. Er wird im kommenden Schuljahr bei 3,80 Euro und im nachfolgenden Schuljahr 2023/2024 bei 4,10 Euro liegen. Zugleich wird ein einheitliches Bestell- und Abrechnungssystem für alle Ganztagschulen eingeführt werden. Damit wird eine Neuregistrierung im System überflüssig, sollten Kinder ihre Schule oder die Schule ihren Caterer wechseln. Da Caterer von der Abrechnung entlastet werden, sinkt zudem der Essenpreis.

An Grundschulen mit besonderen Herausforderungen ist die Einstellung von städtischen Küchenhilfen geplant, um unter anderem eine bessere Betreuung durch verlässliche Bezugspersonen zu ermöglichen. Darüber hinaus sollen mehr Kinder, die zum Bezug von BuT-Leistungen berechtigt sind, am Mittagessen teilnehmen können, das für sie kostenlos ist. Derzeit nimmt nur ein Viertel dieser Kinder dieses Angebot an, da viele Eltern den zusätzlichen Aufwand der Beantragung scheuen. Künftig der Antrag auf das Mittagessen von Region, Stadt und Jobcenter in der Beantragung der jeweiligen Leistungen enthalten sein.

Schließlich soll in Zusammenarbeit mit den Schulen ein „Komponentensystem“, also die Auswahl aus einzelnen Essensbestandteilen, sowie eine kleine Teilproduktion ermöglicht werden. Auch die Themen Nachhaltigkeit, Regionalität, Bio-Lebensmittel werden in Abstimmung mit den Schulen höher bewertet.

Im Schul- und Bildungsausschuss haben wir dem Mittagessenkonzept vorgestern zugestimmt.

## Garantien für Anderter und Stöckener Bad

Vor acht Jahren hatte die Verwaltung das [Bäderkonzept](#) für unsere Stadt vorgelegt. In einem Änderungsantrag hatten wir die [Fortschreibung](#) des Konzeptes in Auftrag gegeben und zugleich frühzeitige Planungen für das Stöckener Bad gefordert.

Die nun vorgelegte [Vorlage zur Fortschreibung](#) des Bäderkonzeptes blieb in diesem Punkt allerdings sehr vage. Deshalb haben wir in einem [Änderungsantrag](#) nun die Bestandsgarantie für das Stöckener Bad dahingehend genauer gefasst, dass wir hierfür einen Neubau in Auftrag geben. Eine Sanierung wäre zeitlich und finanziell voraussichtlich aufwendiger. Zugleich fordern wir, dass für das Anderter Bad ein Ersatzneubau bereitgestellt wird, bevor das alte Bad abgerissen wird. Damit sollen Ausfälle bei den Schwimmzeiten vermieden werden.

Die dementsprechend geänderte Fortschreibung des Bäderkonzeptes haben wir im Sportausschuss am 13. Juni beschlossen.

---

## Mehr Sauberkeit im Georgen- und Welfengarten

Seit die Sonne wieder kräftig scheint, sind die Parks unserer Stadt wieder stark belebt. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich der Georgen- und der Welfengarten, wo nicht nur flaniert oder Sport betrieben, sondern auch gegrillt wird. Zurück blieben in der Vergangenheit oft Müllberge und anderer Unrat.

Um dem abzuhelfen, haben wir die Verwaltung nun beauftragt, für [mehr Sauberkeit im Georgen- und im Welfengarten](#) zu sorgen. So soll die Aufstellung öffentlicher Toiletten und größerer Müllbehälter im Georgengarten geprüft werden. Für Grillkohle könnte es dort spezielle Abfallbehälter geben. Da der Welfengarten der Universität gehört, soll die Stadtverwaltung das Gespräch mit der Universität suchen, um dort eine ähnliche Lösung herbeizuführen.

Die Maßnahmen könnten die Aufenthaltsqualität in beiden Parks deutlich erhöhen. Den Prüfauftrag haben wir im Kulturausschuss vor einer Woche beschlossen.

---

## Kleines Fest im Großen Garten

Diskutiert wurde im Kulturausschuss auch über die [Zukunft des Kleinen Festes](#) im Großen Garten. Anlass hierfür war die Absicht der Verwaltung, für das Kleine Fest eine neue künstlerische Leitung zu bestellen. Der Vertrag mit Harald Böhlmann, der das Fest weitestgehend konzipiert und in den vergangenen zu einem bedeutenden Festival internationaler Kleinkunst weiterentwickelt hat, läuft 2023 aus.

Wer dem „Mann mit dem Zylinder“ nachfolgen wird, ist noch völlig offen, doch soll diese Person das Konzept des Kleinen Fest überarbeiten. Die Nachfolge soll künftig beim Fachbereich Herrenhäuser Gärten angesiedelt werden. Das neue Konzept soll zudem stärker jüngere Zielgruppen ansprechen und die Belastung des Großen Gartens in Herrenhausen verringern. Auch das Ticketing soll überdacht werden, wobei unseres Erachtens sichergestellt sein muss, dass Menschen ohne Internet nicht vom Kartenvorverkauf ausgeschlossen werden dürfen.

Unsere Fraktion steht dieser Weiterentwicklung des Kleinen Festes im Großen Garten aufgeschlossen gegenüber. Wer Harald Böhlmann nachfolgen und wie das neue Konzept aussehen wird, werden uns zu gegebener Zeit vorstellen lassen.

---

## Wohnungsbau in Leinhausen

Seit Jahren wird das Bahn-Ausbesserungswerk in Leinhausen nicht mehr vollständig genutzt. Nachdem die Deutsche Bahn Teile des Geländes verkauft hatte, soll auf diesen Flächen nun der Bau von Wohnungen ermöglicht werden. Auf acht Hektar könnten zahlreiche neue Wohnungen entstehen, 30 Prozent davon würden im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung errichtet werden.

Das Areal liegt gegenüber dem Stöckener Friedhof und ist über Stadt- und – wenig weiter entfernt – S-Bahn gut an den Öffentlichen Nahverkehr angebunden. Mit dem Wohnungsbau, der hier möglich würde, könnte das Wohnraumangebot in unserer Stadt nochmals deutlich vergrößert werden.

Dafür haben wir im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 15. Juni der notwendigen [Änderung des Flächennutzungsplans](#) zugestimmt.



*Luftbildaufnahme des künftigen Baugebietes an der Fuhsestraße, links der Stöckener Friedhof, rechts das Ausbesserungswerk der Deutschen Bahn. Aus Anlage 1 der Drucksache 1079/2022. © LHH, Geo-information.*

---

## Bestandsausbau ermöglichen

Wer eine Immobilie besitzt und deren Dachgeschoss zu Wohnraum ausbauen will, soll von der Verwaltung dahingehend unterstützt werden, dass dieses Vorhaben Vorrang gegenüber anderen Belangen genießen soll. So könnte der Dachgeschossausbau höher bewertet werden als der Bestandsschutz einer Baumkrone, die das Dach überragt. Durch eine solche Priorisierung könnten etliche Dachgeschosswohnungen zusätzlich (aus)gebaut und damit der Wohnungsmarkt in unserer Stadt entlastet werden. Zugleich würde dies die Mieten in dem jeweiligen Objekt stabil halten.

Einen Antrag, diese Art von Wohnungsausbau im vorhandenen Gebäudebestand zu verbessern, haben wir am vergangenen Dienstag in unserer Fraktionssitzung beschlossen und unserem Koalitionspartner, den Grünen, zur Beratung vorgelegt.

---

## Hybridsitzungen des Rates, der Ausschüsse und der Bezirksräte

Für den Rat und für die Stadtbezirksräte sollen Hybridsitzungen, also Sitzungen in Präsenz mit gleichzeitiger Videokonferenztechnik, auch in Zukunft möglich sein. Der Rat hatte bereits im Mai mit der [Änderung der Hauptsatzung](#) die Voraussetzung dafür geschaffen.

Im Organisations- und Personalausschuss haben wir vorgestern nun einen [Antrag](#) beschlossen, der die Verwaltung beauftragt, umgehend die technischen Möglichkeiten für Hybridsitzungen des Rates und seiner Gremien zu prüfen und den Kostenbedarf hierfür darzulegen. Zudem soll aufgezeigt werden, welcher Weg am kostengünstigsten wäre, um auch den Bezirksräten Hybridsitzungen vor Ort in den Stadtbezirken zu ermöglichen.



## Interschutz und Deutscher Feuerwehrtag

Heute geht die Interschutz 2022 zu Ende. Nach zweimaliger Verschiebung konnte die internationale Leitmesse für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungswesen endlich wieder in unserer Stadt stattfinden. Begleitet wurde die Interschutz vom 29. Deutschen Feuerwehrtag, zu dessen Eröffnung Bundesinnenministerin Nancy Faeser nach Hannover kam. Sie betonte die Bedeutung der Einsatzkräfte im Rettungswesen und Katastrophenschutz und unterstrich, dass hier einige Verbesserungen notwendig seien.

Mitglieder unserer Arbeitsgruppe im Ausschuss für Haushalt, Finanzen, Rechnungsprüfung, Feuerwehr und öffentliche Ordnung nutzten verschiedene Gelegenheiten, die Interschutz und den Feuerwehrtag zu besuchen. Unser Sprecher Jens Menge dankte in einem [Gruß per Video](#) den Kamerad\*innen für ihre wichtige Arbeit, deren Wert in den letzten Wochen und Monaten nochmals besonders deutlich geworden sei.

Das wurde gestern in besonderer Weise bestätigt, als sich von der Interschutz aus sechs Feuerwehrfahrzeuge auf den Weg in die Ukraine machten. Sie wurden von Kommunen gespendet, um in den Regionen Kiew und Tschernobyl für Einsätze zur Verfügung zu stehen.

*Jens Menge in dem Instagram-Video vom 21. Juni.*



Eine Stadt für alle.

### Impressum:

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse,  
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de  
Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion

Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

